

Die Populisten – Von den Rändern ins Zentrum der Macht

Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

Reinhard Heinisch und Carsten Wegscheider

1 Einleitung

Sei es die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die italienische Lega Nord (LN), der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán oder der amerikanische Präsident Donald Trump – sie alle verdeutlichen den Aufstieg populistischer Kräfte und den eklatanten Machtverlust der politischen Mitte in westlichen Demokratien. Trotz bedeutender Unterschiede zwischen den Populisten sind sie in ihrem emotionalen Appell an das *wahre, aber vergessene Volk* vereint, und befeuern dabei Wut, Furcht und Missgunst; Wut gegenüber *die da oben*, die vermeintlich *böse und korrupte Elite*, Furcht vor *den Anderen*, die nicht als zum eigenen Volk gehörend definiert werden, und Missgunst gegenüber denen, die angeblich dem einfachen Volk Schaden zufügen wollen.

Die jüngsten Erfolge populistischer Kräfte in Europa gehen oftmals einher mit einem Verfall der politischen Sitten und einer Verrohung des politischen Diskurses, und die soziale und politische Polarisierung bedroht zunehmend den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften. So werden politische Gegner zu Feinden und Verrätern des Volkes ernannt, die es zu vernichten gilt, da sie dem *wahren Volkswillen* widersprechen. Ein früher Vertreter dieses Trends und ehemaliger Vorsitzender der FPÖ, Jörg Haider, sprach von „roten und schwarzen Filzläusen, die mit Blausäure bekämpft werden sollten“ (Lackner et al. 1994). Donald Trump rief im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf dazu auf, seine demokratische Gegenkandidatin Hillary Clinton einzusperren, und bei so mancher Demonstration der fremdenfeindlichen PEGIDA in Dresden fanden sich Plakate, die der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel den Galgen wünschten.

Nicht alle diese Manifestationen sind radikalen Rechten geschuldet und nicht alle diese Politiker und Gruppen lassen sich unter dem Begriff des Populismus verorten. Wenn, wie oftmals in den Medien, alles als populistisch apostrophiert wird, dann ist nichts mehr populistisch und der Begriff verliert seine analytische Trennfähigkeit. Dennoch werden westliche Demokratien in den letzten Jahrzehnten zunehmend von Parteien und Politikern herausgefordert, die sich dem Phänomen des radikalen Rechtspopulismus zuordnen lassen und die Prinzipien der liberalen Demokratie in Frage stellen. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit grundlegenden Populismusbegriffen und dem Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie.

2 Was ist Populismus und was macht Populisten so erfolgreich?

Populismus wird entweder als *politischer Stil* (Jagers und Walgrave 2007; Moffit und Tormey 2014), als *Mobilisierungsstrategie* (Laclau 2005; Weyland 2001) oder als ‚*dünne*‘ *Ideologie* definiert (Mudde 2004; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). Typische Stammtisch-Politiker nutzen *Populismus als politischen Stil*, um mit überzogenen Behauptungen und stilistischen Dramatisierungen, radikale Aussagen und Forderungen zu untermauern. Viele amerikanische Wahlkämpfe waren von dieser Rhetorik geprägt,

und auch CSU-Politiker wie Franz Josef Strauß nutzten Populismus als politisches Stilmittel. Dennoch würde man nicht vermuten, dass damit auch die demokratischen Institutionen und Regeln in Frage gestellt werden. Unter einer *populistischen Strategie* versteht man, wenn eine an sich nicht populistische Partei, eine auf emotionale Mobilisierung abzielende Kampagne organisiert und dabei mit radikalen Übertreibungen und Polarisierung arbeitet, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Auch dies mag durchaus verwerflich und irreführend sein, ist jedoch vom Populismus als Ideologie zu unterscheiden.

Politische Parteien und Politiker werden dann als populistisch definiert, wenn der Populismus als Bestandteil ihrer Ideologie fungiert. Die *Ideologie des Populismus* definiert sich hierbei über den grundsätzlichen Glauben an einen Gegensatz zwischen dem *guten Volk* und der *bösen und korrupten Elite* (Heinisch und Mazzoleni 2017; Mudde 2004). Zentral ist hierbei der ständige Bezug auf eine abstrakte und nicht näher definierte Konzeption vom Volk, welches weitgehend als eine homogene Einheit ohne Klassen- und Interessensunterschiede dargestellt wird. Es handelt sich somit um eine breite amorphe Masse, die einen gemeinsamen *Volkswillen* vertritt, den die Populisten vorgeben zu verstehen. Diesem nebulösen Volksbegriff steht auf der anderen Seite ein ebenso diffuser Feindesbegriff gegenüber, der sich auf die Eliten und Außengruppen bezieht, die das Volk bedrohen und um seine Souveränität berauben wollen. Diese Eliten sind wahlweise die politische Klasse, die Regierung, die etablierten Parteien, die liberalen Medien, die Manager und Bankiers oder die Europäische Union. Zu den Volksfeinden zählen je nachdem auch Außenseitergruppen wie Minderheiten, Immigranten, Muslime oder Juden, oder wer sonst als außerhalb der *Volksgemeinschaft* stehend wahrgenommen wird. Um das Volk vor der vermeintlichen Ausbeutung durch die Eliten und Volksfeinde zu schützen, vertreten Populisten Maßnahmen, die glaubhaft einen radikalen Wandel und die Durchsetzung des allgemeinen Volkswillens versprechen sollen.

Erst in einem zweiten Schritt verbindet sich der Populismus mit anderen Wirtsideologien, wodurch sich entweder der Links- oder Rechtspopulismus ausformt und eine bestimmte Programmatik vorgegeben wird. Wie alle radikalen Rechten stellt sich auch der Rechtspopulismus gegen die Tradition der Aufklärung mit den Prinzipien des Liberalismus, Universalismus und Humanismus, und vertritt den Glauben an eine Hierarchie der Menschen aufgrund biologischer, rassischer oder kultureller Unterschiede. Diesem Denken liegt eine Vorstellung über die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen zugrunde. Im Gegensatz zur alten Rechten, die ihre vermeintliche intellektuelle, kulturelle und politische Überlegenheit über Kolonialismus und Ansprüche auf Lebensraum rechtfertigte, betont die neue Rechte eine ethno-pluralistische Sichtweise und damit die kulturelle Autonomie und Selbstbestimmtheit der Völker (Rydgren 2018). Damit bedient sich auch der Rechtspopulismus fremdenfeindlichen und kulturellrelativistischen Ideen, um ein idealisiertes Gesellschaftsbild zu entwerfen, in der die ethnisch und kulturell unverfälschte Bevölkerung harmonisch zusammenlebt.

Ungeachtet dieser ideologischen Gemeinsamkeiten bedarf es auch einer Abgrenzung des Rechtspopulismus innerhalb des sehr breiten Spektrums der zeitgenössischen radikalen Rechten, zu dem auch rechtsextreme Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung, Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa), Reichsbürger und Neonazis

gezählt werden. Im Gegensatz zu diesen extremistischen Gruppierungen, sind Populisten in der Regel nicht gewaltbereit und auch nicht per se anti-demokratisch. Sie fordern also nicht den gewaltsamen Umsturz des demokratischen Systems, sondern in vielen Fällen sogar mehr direkt-demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Weshalb jedoch das Verhältnis des Populismus zur *liberalen Demokratie* als zumindest problematisch anzusehen ist, wird im nachfolgenden Abschnitt diskutiert.

Rechtspopulisten sind auch nicht unbedingt *radikal* rechts, zumindest in dem Sinne, dass sie besonders dogmatisch wären. Im Gegenteil, Populisten agieren oftmals höchst opportunistisch und passen ihre Aussagen und politischen Forderungen sehr flexibel an den aktuellen Diskurs und Ereignisse an. Je nach Thema sind die Feinde mal die kriminellen Ausländer, dann wieder die korrupten Bankiers und Politiker. Die programmatische Widersprüchlichkeit von Populisten verdeutlicht sich auch in der Doppelmoral, mit der einige Themen behandelt werden; mal werden die *links-grünen FeministInnen* beschuldigt, Frauen unnatürliche Werte einzureden und einen Genderwahn zu verfolgen, dann wiederum sind es der Islam und Muslime, die *unsere* emanzipierten Frauen und freiheitliche Gesellschaftsordnung bedrohen. Diese flexible und dünne Programmatik ist zugleich Schwachpunkt und Stärke der Populisten. Einerseits geraten Populisten oft in Bedrängnis, wenn sie nach konkreten Vorschlägen z.B. zur Digitalisierung oder Rentenreform befragt werden, und versuchen stattdessen, den Diskurs auf ihre Kernthemen wie Migration, Islam und die Ausbeutung des kleinen Bürgers zu lenken. Andererseits ermöglicht diese elastische Positionierung den Populisten, möglichst breite Wählergruppen anzusprechen und für Wahlen zu mobilisieren, was durch die Bereitschaft zu unkonventionellen Politikformen und Politikern neuen Typs zusätzlich verstärkt wird. Dennoch führen diese programmatischen Widersprüche oft zu Problemen, vor allem wenn Populisten in Regierungsverantwortung kommen und diese Versprechungen umsetzen müssen.

3 Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

Wie bereits erwähnt sind populistische Parteien nicht per se anti-demokratisch, ideologisch flexibel, ambivalent und opportunistisch, und Popularität damit häufig wichtiger als programmatische Prinzipien. Dadurch gelingt es populistischen Parteien und Politikern breite Wählergruppen von ganz radikal bis weit ins bürgerliche Lager und ins Arbeitermilieu anzusprechen. Sie vereinen damit all jene, die unzufrieden sind, indem sie jedem etwas versprechen und bieten ein Bündnis für diejenigen, die sich politisch heimatlos fühlen. Für jemanden, der sich einen radikalen Wandel wünscht, sind Veränderungen wichtiger als die Folgen, die sich daraus ergeben. Dennoch birgt gerade der radikale Rechtspopulismus auch Gefahren für die Demokratie, insbesondere für seine liberalen Prinzipien.

Zum einen ist der Populismus *anti-politisch* und *anti-pluralistisch*, weil das Volk als geschlossene Einheit mit einer einheitlichen Meinung dargestellt wird. All diejenigen, die eine andere Position vertreten, sind erklärte Gegner des Volkes, denen keine politische Legitimität zugestanden wird. Politische Kompromisse gelten als Verrat und politische Gegner werden als Feinde deklariert, was wiederum die typische Kooperation über Parteigrenzen hinweg praktisch unmöglich macht und zu dauerhaften Koalitionen moderater Kräfte führt, weil die Zusammenarbeit mit den Radikalen schwieriger ist. Eine

daraus resultierende Folge ist die zunehmende Wahl zwischen gefühltem Stillstand und radikalem Systemwechsel – ein Zustand, der sich in Österreich vor der Nationalratswahl 2017 und mittlerweile auch seit einigen Jahren in Deutschland beobachten lässt.

Populisten fordern zunehmend einen radikalen Wandel von der repräsentativen hin zur direkten Demokratie, womit die stille Hoffnung verknüpft ist, Rechtsstaat und Medien in den Griff zu bekommen. Der Populismus stellt sich dabei vor allem gegen demokratische Kontrollmechanismen und -institutionen, wie Journalisten und unabhängige Medien, Verfassungsgerichte und eine unabhängige Justiz sowie NGOs und internationale Organisationen. Welche Folgen sich aus diesem *anti-liberalen* Verständnis von der Demokratie ableiten, lässt sich besonders an Ungarn und Polen verdeutlichen – zunächst wird die Verfassung in ein System umgewandelt, das Mehrheiten bevorzugt, die staatlichen Medien werden bevormundet und private Medien und regierungskritische Institutionen durch finanzielles Austrocknen vom Markt verdrängt oder rechtlich unter Druck gesetzt.

In den meisten Fällen kommt es jedoch nicht zu den versprochenen radikalen Veränderungen zugunsten des *kleinen Mannes*, sondern in erster Linie zu symbolischer Politik. Mit großen Gesten werden Pseudomaßnahmen ergriffen, die scheinbar mit bisherigen Gepflogenheiten aufräumen, aber in der Substanz wenig Wirkung zeigen. So betreffen beispielsweise die Kürzungen der Sozialleistungen für Ausländer und so genannter Sozialschmarotzer vor allem die untere Mittelschicht und damit viele derjenigen, die populistische Parteien wählen. Sobald jedoch die Kontrollmechanismen unabhängiger Gerichte, der Medien und der Oppositionsparteien ausreichend geschwächt sind, gedeiht im Umfeld populistischer Machteliten ein System von Korruption und Günstlingswirtschaft, wie ein Blick auf das Ungarn unter Orbán, die Entwicklungen unter den italienischen Populisten, das Umfeld von Donald Trump oder das System von Jörg Haider im österreichischen Kärnten zeigt.

Die Politik der einfachen Lösungen und des Bauchgefühls erweist sich in der Regel nicht als zielführend. Das zeigt die Ankündigung von Donald Trump, dass Handelskriege etwas Gutes seien und leicht zu gewinnen sind, oder das Versprechen der Brexit-Befürworter, dass die Briten zukünftig 350 Millionen Pfund an wöchentlichen Beiträgen an die EU einsparen würden. Um von diesem politischen Scheitern abzulenken, mobilisieren Populisten gegen innere und äußere Feinde. Orban wettet in schlimmster antisemitischer Rhetorik gegen George Soros, und Donald Trump nicht nur gegen die Medien, sondern sogar gegen seine eigenen Behörden. In jedem Fall muss man konstatieren, dass sich populistische Parteien und Bewegungen von den Rändern ins Zentrum der politischen Macht bewegen. Ihr Stimmenanteil steigt von Wahl zu Wahl an und man rechnet damit, dass im nächsten Europäischen Parlament mehr als 25 Prozent der Sitze von euroskeptischen und populistischen Parteien eingenommen werden. Daher sollte die von Populisten ausgehende Bedrohung für die liberale Demokratie und die Europäische Union nicht durch Nachahmung weiter verstärkt, sondern durch konkrete Gegenentwürfe versucht werden, ihnen die Grundlage ihrer Unterstützung zu entziehen.

Literatur

- Heinisch, Reinhard, und Oscar Mazzoleni. 2017. "Analysing and Explaining Populism: Bringing Frame, Actor and Context back in". *Political Populism. A Handbook*, Hrsg. Reinhard Heinisch, Christina Holtz-Bacha, und Oscar Mazzoleni, 105-122. Baden-Baden: Nomos.
- Lackner, Herbert, Andreas Weber, und Christa Zöckling. 1994. „Wir sind nicht aufzuhalten“, profil, Nr. 17.
- Laclau, Ernesto. 2005. *On Populist Reason*. London: Verso.
- Jagers, Jan und Stefaan Walgrave. 2007. "Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium", *European Journal of Political Research*, 46(3): 319-45.
- Moffit, Benjamin, und Simon Tormey. 2014. "Rethinking Populism: Politics, Mediatisation and Political Style", *Political Studies*, 62(2): 381-97.
- Mudde, Cas. 2004. "The Populist Zeitgeist", *Government and Opposition*, 39(4): 541-63.
- Mudde, Cas, und Christóbal Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Rydgren, Jens. 2018. "The Radical Right: An Introduction". *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Hrsg. Jens Rydgren, 1-14. New York: Oxford University Press.
- Weyland, Kurt. 2001. "Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics", *Comparative Politics*, 34(1): 1-22.